

«Eine Bankrotterklärung», «ein No-Go»

Deutliche Reaktionen von Parteien und Gewerkschaften auf den drastischen Stellenabbau an den St. Galler Spitälern.

**Regula Weik
und Renato Schatz**

Die St. Galler Spitalverbunde haben am Donnerstagmorgen im Haus 39 des Kantonsspitals eine Massentlassung verkündet. In den Spitälern in St. Gallen, Wil, Uznach, Grabs und Altstätten werden in den nächsten vier Jahren rund 440 Stellen gestrichen.

Stefan Kuhn, seit Frühling Verwalterpräsident der St. Galler Spitalverbunde mit seinen rund etwa 9000 Mitarbeitenden, begründete die Massnahme an der Medienkonferenz mit der «dramatischen» finanziellen Lage Mitte dieses Jahres. Bereits im vergangenen Geschäftsjahr waren die Zahlen schlecht, 53 Millionen Franken betrug das Defizit. Allein das Minus des Kantonsspitals St. Gallen belief sich 2022 auf 23 Millionen. «Wenn wir keine Massnahmen in die Wege leiten, wird der Verlust 2024 rund 33 Millionen betragen», sagt Stefan Lichtensteiger, CEO des Kantonsspitals, das deshalb schon dieses und nächstes Jahr rund 260 Stellen abbauen muss. Lichtensteiger verspricht, «mit allen möglichen Instrumenten» zu arbeiten. also mittels «natürlicher Fluktuation und Frührenten» allzu viele Kündigungen zu verhindern. Wobei derartige Lösungen – je nach Spital – wohl 20 bis 33 Prozent ausmachen werden. Sicher ist: Der Sozialplan des Kantons kommt zum Einsatz.

Wie viele Kündigungen es tatsächlich sein werden, soll in fünf Wochen feststehen. «Denn das Ziel ist es, die Massnahmen rasch umzusetzen, damit die Mitarbeitenden Klarheit haben», sagt Lichtensteiger.

Wil kommt glimpflich davon

Ähnlich ist die Situation bei der Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sarganserland mit den Standorten Grabs und Altstätten, wenn auch mit etwas tieferen Zahlen. CEO Jochen Steinbrenner muss deshalb ebenfalls die Personalkosten reduzieren. 2023 und 2024 sollen 80 Stellen abgebaut werden, 2027 nochmals 45. Dann wird das

Spital in Altstätten geschlossen. Handlungsbedarf gibt es auch beim Spital Linth mit dem Standort Uznach, wo bis 2025 insgesamt 41 Stellen gestrichen werden.

Vergleichsweise glimpflich davon kommt die Spitalregion Fürstentum Toggenburg – mit dem noch alleinigen Standort Wil. Sie muss zwar ebenfalls acht Stellen abbauen, allerdings keine Kündigungen aussprechen: Die derzeit freien Stellen werden nicht besetzt.

Kuhn: «Qualität bleibt unverändert»

Insgesamt 60 Millionen Franken pro Jahr sparen wollen die St. Galler Spitalverbunde, 40 davon mithilfe des Stellenabbaus. Von diesem am stärksten betroffen ist «der Support und die Administration», sagt Kuhn. Doch auch im Kernbereich, in der Medizin und der Pflege, werden Stellen abgebaut. Kuhn sagt aber: «Die Qualität bleibt unverändert.»

Er hofft nicht nur durch den Stellenabbau auf eine Entspannung der Lage. Auch höhere Erträge sollen dazu beitragen. Mithilfe des Inflationsausgleichs? Kuhn sagt: «Alle anderen Branchen konnten ihre Preise anpassen. Die Preise im Gesundheitswesen sind reguliert. Wir konnten das also nicht. Und das ist des Teufels.»

Verband Pflegepersonal: «Wir sind empört und besorgt»

Der Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner Ostschweiz fordert von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung klare Bekenntnisse, dass «die Pflegequalität hochgehalten wird und der Stellenschlüssel am Pflegebett auch künftig den gängigen Normen entspricht». Das Management der St. Galler Spitäler habe im Frühling die Beratungsfirma PWC beigezogen. «Wie so oft in solchen Prozessen mit hochkarätigen Unternehmensberatern wird Personal entlassen», hält der Verband fest. «Die Zahlen stimmen vielleicht danach, aber die Moral der Geschichte ist, dass das Image, die Zufriedenheit der Mitarbeitenden und die Qualität meist abneh-



Im Frühling bekamen die St. Galler Spitalverbunde eine Finanzspritze in Höhe von 160 Millionen Franken. Gleichwohl sind Entlassungen nun notwendig.

Bild: Marius Eckert

men.» Es sei hinlänglich bekannt, dass der Spitalbetrieb landauf, landab ungenügend ausfinanziert ist. Sogar die Thurgauer Spitäler prognostizieren künftig rote Zahlen, weil in den Tarifen die Abschreibungen für Neubauten mitgetragen werden müssen. Die längst überfälligen Neubauten und Sanierungen der St. Galler Spitäler kämen nun mit «aller Wucht auf die Institutionen» zu und rissen

grosse Löcher in deren Rechnungen.

Gewerkschaft: «Auf dem Buckel des Personals»

Die Spitäler müssten sparen: So hiess es in der Vergangenheit öfter, letztmals im Frühling. Die Gewerkschaft VPOD forderte damals, dies dürfe auf keinen Fall auf dem Buckel des Personals passieren. «Nun ist es so weit. Und wo wird gespart: Auf

dem Buckel des Personals! Ein absolutes No-Go», hält Alexandra Akeret, Sekretärin des VPOD Ostschweiz, fest. Diese Massnahme in der jetzigen Zeit des Fachkräftemangels sei ein «absolut falsches Zeichen». Dieser Schritt werde «drastische Auswirkungen» auf die Bevölkerung und das Personal haben. Wieder würden Leistungen abgebaut. «Besteht die Versorgungssicherheit noch?» fragt Akeret.

SVP: «Das ist eine Bankrotterklärung der St. Galler Spitäler»

«Das ist eine Bankrotterklärung der St. Galler Spitäler – und des Spitalverwaltungsrats», sagt SVP-Präsident Walter Gartmann. Die Spitäler müssten endlich lernen, rentabel zu wirtschaften, die Spitalstrukturen müssten schlanker werden. «Was gar nicht geht, ist ein Abbau beim medizinischen Personal, bei der Pflege und den Ärzten – bei jenen, die am Patienten arbeiten.» Was Gartmann besonders ärgert: Noch im Frühling habe man der Bevölkerung 160 Millionen aus der Tasche gezogen, zur Sanierung der Spitäler. «Und nun dieser Knall.» Es gehe nicht länger an, dass der Kanton Geld schüttele.

SP: «Kein Stellenabbau bei Pflege und Medizin»

Dass die Spitäler Betten im Pflegebereich abbauen wollen, sei «absolut unverständlich», sagt Bettina Surber, Fraktionspräsidentin der SP. Die Partei fordert auch ganz klar: «Es darf zu keinem Abbau von Stellen kommen, wenn dieser nicht über natürliche Fluktuationen möglich ist.» Und es müssten auch Massnahmen auf Leitungsebene geprüft werden – «da Massnahmen auf dieser Ebene grosse Wirkung entfalten». Die Gründe sieht die SP bei der «fehlerhaften Finanzierung der öffentlichen Spitäler». Es brauche ein System, welches die öffentliche Gesundheitsversorgung sichert und nicht eines, welches «möglichst viel Gewinn für private Leistungsanbieter abwirft».

Die Mitte: «Wir sehen keinen anderen Weg»

Zurückhaltender äussert sich die Mitte. Auch sie erinnert an

die Finanzspritze im Frühling. «Nun zeigt sich, dass diese nicht reicht und zusätzlich jährliche Einsparungen von 60 Millionen nötig sind.» Da keine Veränderung in der Tarifpolitik der Krankenkassen erwartet werden könne, müsse nun diese «drastische Massnahme» ergriffen werden. Die Partei sehe keinen anderen Weg und akzeptiere den geplanten Schritt. Die Mitte erinnert an die geforderte Verselbstständigung der Spitäler. Diese müsse «mit aller Kraft» vorangetrieben werden.

Grüne: «Die Politik trägt ein grosses Mitverschulden»

«Das ist ein Hammerschlag für das St. Galler Gesundheitswesen», schreiben die Grünen. Sie würden den Verwaltungsrat beim Wort nehmen, dass mit dem Stellenabbau keine Qualitätseinbußen einhergehe. Es sei schwer verdaulich, dass trotz einer weiteren Ausfinanzierung vor wenigen Monaten, die Finanzen der Spitäler noch immer nicht im Lot seien. «Die Politik trägt daran ein grosses Mitverschulden», so die Grünen. Über Jahre sei auf Geheiss der Politik kaum investiert worden. Und nun belasteten die Abschreibungen der angestauten Investitionen die Rechnung der Spitalverbunde.

FDP: «Raus aus der Sackgasse»

Die FDP ist besorgt und teilweise irritiert. Ein Stellenabbau bei Medizin und Pflege stehe «im kompletten Widerspruch zu allem, was bisher kommuniziert wurde». Es sei schwer vorstellbar, dass es genau in diesen Kernbereichen einen personellen Übergang geben soll; bislang habe es stets geheissen, mangels Personal könnten nicht alle Betten betrieben werden. «Ein Personalabbau am Bett und bei den Patienten dürfte kaum zielführend sein» – dies sei doch der ertragswirksame Kernbereich eines jeden Spitals. Für die Freisinnigen ist klar: Die Spitäler müssten in Zukunft politisch unabhängig werden. «Besteller, Erbringer und Bezahler dürfen nicht mehr identisch sein.»